



## **Hauptausschuss**

### **58. Sitzung (öffentlich)**

3. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 10:05 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**5**

Auf Wunsch der Fraktion der CDU wird TOP 2 „25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag – Versöhnungs- und Freundschaftswerk der Heimatvertriebenen und Aussiedler würdigen“ – Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/11430 – auf die nächste Hauptausschusssitzung geschoben. *(Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.)*

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

6

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12500

- abschließende Beratung und Abstimmung über etwaige Änderungsanträge im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses und Beschlussempfehlung an Haushalts- und Finanzausschuss

Einzelplan 01 – Landtag  
Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin  
Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung  
Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 01 – Landtag – einstimmig an.

Der Ausschuss nimmt den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teil des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

Der Ausschuss nimmt Einzelplan 07, Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung – einstimmig an.

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof – einstimmig an.

**2 Die Spätaussiedler sind ein gut integrierter Teil unserer Gesellschaft – Nordrhein-Westfalen würdigt ihre Lebens- und Integrationsleistung und verurteilt alle Versuche der Polarisierung und Desinformation**

11

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/11431

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP einstimmig an.

Der Ausschuss nimmt den soeben geänderten Antrag der Fraktion der CDU einstimmig an.

**3    Verschiedenes**

**13**

\* \* \*



## 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12500

- abschließende Beratung und Abstimmung über etwaige Änderungsanträge im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses und Beschlussempfehlung an Haushalts- und Finanzausschuss

Einzelplan 01 – Landtag  
Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin  
Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung  
Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** teilt mit, die in der letzten Hauptausschusssitzung formulierten Fragen seien zwischenzeitlich beantwortet worden, sodass die Beratung in der laufenden Sitzung abgeschlossen werden könne.

### **Einzelplan 01 – Landtag**

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** weist darauf hin, dass zu diesem Einzelplan traditionell kein Berichterstattegespräch geführt worden sei. Änderungsanträge lägen nicht vor.

**Werner Jostmeier (CDU)** kündigt namens seiner Fraktion an, dem Einzelplan 01 zuzustimmen, und kommt sodann auf die letzte Hauptausschusssitzung zu sprechen, in der Frau Zwifelhoffer auf Fragen zur Situation im Stenografischen Dienst des nordrhein-westfälischen Landtags personelle Probleme benannt und Korrekturen oder Nachbesserungen in Aussicht gestellt habe. In der Tat warte man auf manche Sitzungsprotokolle länger als ein halbes Jahr – was jedoch nicht als Vorwurf zu verstehen sei. Es interessiere, ob inzwischen Maßnahmen getroffen worden seien, um den Stenografischen Dienst stärker zu unterstützen bzw. ihn aufzustoßen.

**Hans-Joachim Donath (Leiter des Referates Finanzen, Zentrale Vergabestelle, Gutachterdienst Haushalts- und Finanzrecht sowie Stellvertretender Leiter der Abteilung II – Zentrale Dienste – des Landtags NRW)** antwortet, wie von Frau Zwifelhoffer dargestellt, handele es sich hier nicht um ein Haushaltsthema. Für den Stenografischen Dienst stünden ausreichend Mittel und Stellen zur Verfügung. Das Problem liege vielmehr darin, dass im Bundesgebiet zunehmend weniger Stenografen diese Aufgabe wahrnehmen. Hier stehe man auch in Konkurrenz zu Banken und Versicherungen.

Derzeit werde versucht, mit der Beschreitung neuer Wege zumindest den Druck herauszunehmen. Die aktuelle Situation mit zahlreichen Untersuchungsausschüssen und

Enquetekommissionen nehme den Stenografischen Dienst ganz besonders in Anspruch. Zu Beginn der nächsten Wahlperiode werde angesichts weniger Gremien ohnehin mit einer Entspannung zu rechnen sein.

Auch ihre Fraktion stimme dem Einzelplan 01 zu, betont **Elisabeth Müller-Witt (SPD)**. Insbesondere im Namen der auf einen Fahrstuhl angewiesenen Kolleginnen und Kollegen bitte sie um Auskunft, wann endlich die beiden seit Längerem defekten Fahrstühle im D-Bereich dauerhaft erfolgreich repariert würden.

Er sei gespannt auf die Antwort dieser Mutter aller Fragen, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**.

Den Hinweis von Herrn Donath aufgreifend, dass in der nächsten Wahlperiode weniger Gremien gebildet würden, erinnert **Werner Jostmeier (CDU)** daran, dass trotz der 2004 vorgenommenen Verkleinerung des Parlaments derzeit 237 Abgeordnete dem nordrhein-westfälischen Landtag angehören. Theoretisch könne die Zahl der MdL sogar auf 257 steigen. Das liege allein in der Hand der Wählerinnen und Wähler.

Er werde dem nächsten Landtag nicht mehr angehören, so Jostmeier, wolle diesen Hinweis von Herrn Donath aber gerne zu einem Wunsch erheben. Der Landtag brauche nicht 37 Fachausschüsse, Untersuchungsausschüsse, Kommissionen, Gremien, um effektiv zu arbeiten. CDU und FDP hätten die Zahl der Ausschüsse im Jahr 2005 von zuvor 26 auf 17 reduziert. Auch dieser Fachausschuss könne einen entsprechenden Beitrag leisten und damit ein gutes Werk fürs Parlament tun.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** merkt an, dass es auch mal einen Haupt- und Medienausschuss gegeben habe. Die Entscheidung über die Zahl der Ausschüsse in der nächsten Legislaturperiode obliege allerdings dem neuen Landtag.

**Torsten Sommer (PIRATEN)** bezweifelt, dass die Zahl der Gremien in der neuen Legislaturperiode sinken werde. Als Mitglied des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales wisse er um den Umfang mancher Themengebiete und meine, dass die Zusammenlegung von Ausschüssen nicht immer die sinnvollste Lösung sei.

Hinzu komme das Recht der Fraktionen, Parlamentarische Untersuchungsausschüsse und Enquetekommissionen zu beantragen. Eine Spezialpartei schaffe es sogar, auch mal zwei Fraktionen zu gründen. Mit Blick auf die aktuellen Umfragen werde die Zahl der Fraktionen nach der nächsten Landtagswahl eher nicht sinken. Insofern müsse sich vermutlich auch die Landtagsverwaltung auf Mehrarbeit einstellen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Gucken wir mal! Am 15. Mai wissen wir es!)

– Darauf sei er auch sehr gespannt, entgegnet Sommer.

Sein Hauptanliegen betreffe aber die IT-Ausstattung des Landtags. Er appelliere, der Landtagsverwaltung genug Ressourcen an die Hand zu geben, um die Technik im

Landtag auf dem Stand der „normalen Welt“ zu halten. Dass dies derzeit nicht der Fall sei, möge daran liegen, dass manche die Weiterentwicklung insbesondere der IT in einer bestimmten politischen Ecke verortet würden. Der nächste Landtag habe vielleicht die Chance, das unabhängig von politischen Betrachtungsweisen besser zu machen.

**Hans-Günther Linauer (Leiter der Abteilung II – Zentrale Dienste – im Landtag NRW)** beantwortet die Frage von Frau Müller-Witt wie folgt: Der Landtagsverwaltung sei die derzeitige Situation ausgesprochen unangenehm. In diesem ein bisschen in die Jahre gekommenen Landtagsgebäude gebe es nicht nur Probleme mit Fahrstühlen, sondern auch mit maroden Entsorgungsleitungen und Fensterscheiben.

Bei den Fahrstühlen im Landtagsgebäude handele es sich um Spezialanfertigungen. Ersatzteile gebe es laut Hersteller nicht „von der Stange“, sondern müssten speziell angefertigt werden. Die Firma habe in Aussicht gestellt, das derzeit benötigte Ersatzteil Ende November zur Verfügung zu stellen. Danach folgten Einbau und Testläufe. Man hoffe, die beiden Fahrstühle im D-Bereich zumindest Anfang Dezember wieder in Betrieb nehmen zu können.

Er gehe davon aus, dass der November 2016 gemeint sei, merkt **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** an.

(Heiterkeit)

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 01 – Landtag – einstimmig an.

### **Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin (im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses)**

Hier habe es ein Berichterstattergespräch gegeben, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**. Den Obleuten sei bislang erst eine Vorabversion der Ergebnisse zugesandt worden, da die Antworten auf die von Herrn Kollegen Witzel gestellten Nachfragen noch nicht vorlägen.

(Keine Wortmeldungen)

Der Ausschuss nimmt den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teil des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

### **Einzelplan 07, Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung**

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** teilt mit, Vorlage 16/4325 enthalte die Antworten der Landesregierung auf die in der letzten Hauptausschusssitzung zu diesem Bereich gestellten Fragen. Die Ergebnisse des Berichterstattergesprächs lägen noch nicht vor. Änderungsanträge seien nicht gestellt worden.

Sie wolle im Namen ihrer Fraktion die Gelegenheit nutzen, so **Elisabeth Müller-Witt (SPD)**, der Landeszentrale für politische Bildung zu danken, die derzeit viele große Aufgaben zu stemmen habe und es sehr gut meistere, den zahlreichen ins Land kommenden Menschen die Leistungen der Landeszentrale nahe zu bringen.

**Torsten Sommer (PIRATEN)** schließt sich namens seiner Fraktion dem Dank an die Landeszentrale an.

Man müsse im parlamentarischen Raum einmal zur Kenntnis nehmen, dass man nach Erledigung der Systemfrage zwischen 1990 und 1991 das eigene System als gegeben hingenommen und die Grundausbildung der Kinder und Jugendlichen nicht mehr ausreichend „auf dem Schirm“ gehabt habe. Das überfrachte die Landeszentralen sowie die Bundeszentrale aktuell mit Reparaturarbeiten, die angesichts der zur Verfügung gestellten Ressourcen eigentlich gar nicht in dem Umfang leistbar seien. Ziel müsse es daher sein, nicht immer nur die hervorragende Arbeit der Landeszentrale zu loben, sondern ihr die Arbeit durch Verbesserung der Grundausbildung auch zu erleichtern. Sicher könne die Landeszentrale selber gute Hinweise geben, wie sich junge Leute auch bei politischen Themen erreichen und begeistern ließen.

Im Namen seiner Fraktion dankt **Werner Jostmeier (CDU)** der Landeszentrale für politische Arbeit ebenfalls für die von ihr geleistete Arbeit. Der Dank beziehe sich auch auf den vor zwei Wochen veranstalteten würdevollen Parlamentarischen Abend aus Anlass des 70-jährigen Jubiläums der Landeszentrale. Sie möge ihre Arbeit erfolgreich fortsetzen.

Es habe Zeiten gegeben, in denen die CDU-Fraktion dem Kapitel 07 070 nicht zugestimmt bzw. sich enthalten habe. Nun stimme sie zu.

Der Ausschuss nimmt Einzelplan 07, Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung – einstimmig an.

### **Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof**

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** verweist auf den Ergebnisvermerk zum Berichterstattergespräch Vorlage 16/4317. Auch hier lägen keine Änderungsanträge vor.

(Keine Wortmeldungen)



Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof – einstimmig an.

